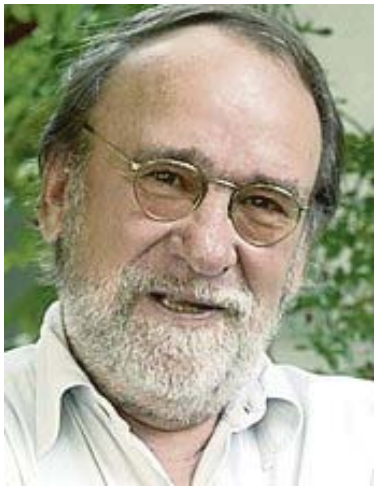
„Arroganz der Stadtverwaltung“

Pläne zum Museumsumzug: Verwaltung nennt neue Flächenzahlen / Kritik von der Linken im Rat

Von Michael Brakemeier



Gerd Nier

Göttingen. Verwirrspiel um Museumsflächen: Nach „neuesten Recherchen“ der Stadtverwaltung, sagte Stadtsprecher Hartmut Kaiser am Donnerstag, betrugen die Netto-Flächen des Städtischen Museum am Ritterplan vor der Sanierung 2919 Quadratmeter. Diese Flächen würden nach der Sanierung und einem angedachten Ausbau 3313 Quadratmeter betragen. Bei einer Museumsnutzung der ehemaligen Voigtschule an der Bürgerstraße 15 stünden dort 3445 Quadratmeter inklusive Kellerflächen für Technik für ein Museum zur Verfügung.

Noch zu Wochenbeginn gab es auf Tageblatt-Anfrage andere Zahlen aus dem Rathaus: „Die Netto-Grundflächen des Bestands Am Ritterplan betragen rund 2700 Quadratmeter; dabei bleiben die Gewölbekeller unberücksichtigt, die als Lager nicht genutzt werden können. Die Netto-Grundflächen des Bestands Bürgerstraße 15 betragen etwa 3250 Quadratmeter, inklusive der nutzbaren Kellergeschossflächen mit 500 Quadratmeter. Eine Fläche für Technik im Kellergeschoss von knapp 200 Quadratmeter ist in dieser Flächenberechnung bereits abgezogen worden. Es besteht also ein nicht unerheblicher Flächenüberhang zugunsten der Bürgerstraße 15“, teilte Verwaltungssprecher Detlef Johannson am Dienstag mit.

Der künftige Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler (SPD) nannte 3200 Quadratmeter für die ehemalige Voigtschule und 3700 Quadratmeter für den Ritterplan. Auch Kulturdezernentin Dagmar Schlapeit-Beck (SPD) ging im Mai davon aus, dass in der Schule 500 Quadratmeter weniger Fläche zur Verfügung stehen. Der Geschichtsverein hatte sich in seinem offenen Brief und in seiner Kritik an den Umzugsplänen für das Museum vom Ritterplan an die Bürgerstraße auf Köhlers Zahlen gestützt und deshalb „eine dramatischere Verschlechterung für das Museum“ befürchtet (Tageblatt berichtete).

In der Antwort der Verwaltung auf den Brief kommt für Gerd Nier, Fraktionsvorsitzender der Linke, „eine ganze Portion von Arroganz der Stadtverwaltung zum Tragen“. Wie anders solle man Johannsons Aussage „Da mag auch der geschätzte Geschichtsverein zunächst das Ergebnis der Prüfung abwarten“ nennen. Die Linke sei ohnehin verwundert über den „völlig unerwarteten Vorstoß“ von Oberbürgermeister Wolfgang Meyer (SPD), habe es doch zuvor immer geheißen, es gebe keine Alternative.